

Posener Zeitung.

Siebenund siebziger Jahrgang.

Mittwoch, 1. April.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Mr. 230.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Gr. Bekleidungen nehmen alle Postankünfte des deutschen Reiches an.

Inserate 2 Gr. die sechsgespaltenen Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage vorzugsweise erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

1874.

Amtliches

Berlin, 31. März. Der König hat dem Geh. Regierungsrath von der Müllbe zu Erfurt den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Appellationsgerichtsrath Dr. Binding zu Frankfurt a. M. und dem Stadtgerichts-Sekretär, Kanzleirath Wolff zu Berlin den rothen Adlerorden 4. Klasse; dem Ober-Amtsrichter Calchof zu Carlshafen im Kreise Hofgeismar den 1. Kronenorden 3. Klasse; dem Kommissionsrath, Kaufmann und Fabrikbesitzer Böltner zu Berlin den 1. Kronenorden 4. Klasse mit dem rothen Kreuz auf weißem Felde, am Erinnerungsbande; sowie dem früheren Schulzen Friedrich Wilhelm Koos zu Kratzwied im Kreise Nandom die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Den bisherigen Dozenten des Kirchenrechts im Seminarium Theodorianum zu Paderborn Dr. jur. uitriusque Johann Philipp Hartmann zum ordentlichen Professor des Kirchenrechts in der theologischen Fakultät der theologischen und philosophischen Akademie zu Münster; und den Pfarrer an der ehemaligen Kathedrale in Marienwerder, Karl Wilhelm Braunschweig, zum Superintendenten der Diözese Marienwerder, Regierungsbezirk gleichen Namens, ernannt.

Dem Stallmeister Ramslüssel den Charakter als Reisestallmeister mit dem Range eines Geh. Hofrats; dem bei der General-Ordens-Kommission angestellten Rechnungsrath Dr. Lehmann; sowie dem Kanzleirath Münch von der Hauptbank den Charakter als Geheimer Rechnungsrath und dem Haupt-Bankbuchhalter Schirmer den Charakter als Rechnungsrath; ferner dem Generaldirektor der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft, Wilhelm Döchelhäuser zu Dössau, den Charakter als Geh. Kommerzienrat gleichen Namens, ernannt.

Der Kaiser hat den Gemeinderath und Holzhäusler Joseph Franz zu Weiler im Bezirk Unter-Elsass zum Bürgermeister und den Gemeinderath Joachim Baisten daselbst zum Beigeordneten dieser Gemeinde, die Intendantur-Assessoren Müller vom V. und Sachs vom VI. Armeecorps zu Militär-Intendantur-Räthen ernannt.

Bei der General-Ordens-Kommission ist der Geheime expedirende Sekretär Unglaube zum Bureau-Vorsteher und Rendanten, der bisherige Geh. expedirende Sekretär Bruck zum Geh. Kanzlei-Inspektor, der bisherige Geheime Kanzlei-Sekretär Ritter zum Geh. expedirenden Sekretär ernannt und der bisherige Kanzlei-Diätar Schwarz als Geh. Kanzlei-Sekretär angestellt worden.

Der Oberlehrer am Marien-Gymnasium zu Posen, Professor Dr. Jerzykowksi ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Koblenz versetzt worden.

Der Seminarlehrer Heinze zu Ober-Glogau ist als 1. Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar in Ziegenhals versetzt und der Gymnasial-Gefangene Lehrer Eugen Foerster zu Oppeln als ordentlicher Seminarlehrer an das Schullehrer-Seminar in Ober-Glogau berufen worden.

Der bisherige königl. Kreis-Baumeister Müller in Cosel ist zum königl. Bauinspektor daselbst befördert worden. Der königl. Landbaumeister Tuckermann zu Erfurt ist zum ordentlichen Lehrer an der königl. Gewerbe-Akademie zu Berlin ernannt worden.

Der vormalige kürfürstlich bessische Baukommissar Koppen, sowie die Baumeister Holzhausen, Nosek und Meissner sind zu königl. Kreis-Baumeistern ernannt und denselben etatsmäßige Kreis-Baumeisterstellen mit dem Wohnsitz resp. zu Tarnowitz, Leobschütz, Karlsruhe und Neisse verliehen worden.

Dem königl. Kreis-Baumeister Friese zu Gr. Strehlitz ist die neu kreierte Kreis-Baumeisterstelle zu Neustadt D. S. übertragen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. O., 31. März. Bei der heute hier stattgehabten Erstwahl eines Deputirten zum preußischen Abgeordnetenhaus erhielten von 400 abgegebenen Stimmen Appellationsgerichtsrath Voewenstein in Hamm 270, v. Rosenstiel (Gorgast) 130 Stimmen. Der Erstere ist somit gewählt.

Cyrus, 31. März. Der große Rath hat mit 41 gegen 19 Stimmen beschlossen, der Bevölkerung des Kantons die revidirte Bundesverfassung zur Annahme zu empfehlen.

London, 31. März. Vom Unterhause ist gestern das Budget für das Landheer und für die Marine genehmigt worden.

Bukarest, 31. März. Die Kammer hat im Einverständniß mit der Regierung die Berathung über die Emission von Rententiteln bis zur nächsten Session vertagt, dagegen den Finanzminister ermächtigt, Schatzbonds bis zum Betrage von 17 Millionen auszugeben.

Athen, 31. März. Der König hatte Deligeorigis mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Da dieser jedoch wegen unzureichender Unterstützung in der Kammer nicht im Stande war, den Auftrag des Königs auszuführen, so ist neuerdings der bisherige Ministerpräsident Bulgaris zur Neubildung des Kabinetts berufen worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 31. März. Die Mittheilungen der "Spener'schen Ztg." über die Unterredungen des Fürsten Bismarck mit einigen Mitgliedern des Reichstages haben durch die geistige Notiz der "Nord-Allg. Ztg." eine nicht un wesentliche Berichtigung oder vielmehr Ergänzung erhalten. Jedenfalls kann man nicht behaupten, daß durch die Beliechtung des Regierungsorganes die Berichte in ihrer Bedeutung irgendwie abgeschwächt worden sind. Das Wichtigste in den Kundgebungen des Reichskanzlers liegt zunächst schon darin, daß dem Lande volle Gewißheit darüber wird, wie lebhaft die Theilnahme ist, welche der leitende Staatsmann auch auf seinem Kranenbett den Interessen des Reiches und namentlich der im Reichstage schwebenden Gesetzgebung zuwendet. Was aber den speziellen Inhalt der Neuherungen betrifft, so ist derselbe augenscheinlich dazu angethan, auf das Gründlichste gewisse Insinuationen zu widerlegen, welche die augenblickliche Erklärung des Reichskanzlers und das Fernbleiben desselben von den Verhandlungen des Reichstages zum Ausgangspunkte reichsfeindlicher Intrigen und vor allen Dingen zu einem Mittel bemühten wollten, um Zwietracht zwischen den Reichstag und die Regierungsgewalt zu säen. Es ist von allen Seiten erkannt worden, daß Fürst Bismarck es für

nöthwendig erachtet, mit der ganzen Energie seiner Persönlichkeit für die Vorlagen der Regierung in die Schranken zu treten. Selbst von denjenigen Stimmen, welche sich bisher dazu herbeiließen, besondere Kompromiß-Projekte an die eventuelle Dazwischenkunst des leitenden Staatsmannes zu knüpfen, wird zugegeben, daß die Voransetzung, als könne der Reichskanzler sich im Sinne weiter gehender Zugeständnisse mit seinem Einflusse verwenden, nach dem Bekanntwerden jener Unterredungen sich als vollständig eitel herausstellt. Die tiefe Wirkung der Bismarck'schen Neuherungen ist schon jetzt erkennbar. Im nationalliberalen Lager scheint allgemein die Überzeugung zum Durchbruch zu kommen, daß es Pflicht der Partei sei, mit ihrer vollen Kraft dahin zu wirken, daß die Forderungen der Regierung von einer Mehrheit billigt werden, welche im Stande ist, dem wichtigen Gesetze die nötige moralische Kraft zu verleihen. Auch die Kundgebungen der nationalen Presse sind im Allgemeinen so versöhnlich gehalten, daß die Aussicht auf eine Verständigung wesentlich geminiert. Bezeichnend aber ist namentlich, daß die Organe der Opposition die Hoffnung auf ein Gelingen ihrer strategischen Künste vollständig aufgeben. — Unter den Beschlüssen der vom 29. Oktober bis 1. November vorigen Jahres stattgehabten Konferenz zur Berathung der zur Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnbetriebe zu ergreifenden Maßnahmen findet sich auch die Resolution, daß das Coupieren der Billets während der Fahrt von den Trittbrettern aus als gefährlich abzuschaffen sei. Zur Ausführung dieses Beschlusses werden bei den betreffenden Bahnen Änderungen der Fahrpläne oder des Wagenparks erforderlich werden, was eine längere Zeit in Anspruch nähme. Um über den Umfang dieser Veränderungen Einsicht zu gewinnen, sind die Eisenbahn-Direktionen vom Handelsminister aufgefordert worden, über die Angelegenheit binnen kurzer Frist zu berichten.

— Zur Militärfrage läßt sich die „Nat. Ztg.“ wie folgt aus: Unsere Besorgniß, daß vor dem Kaiser die politischen und parlamentarischen Gesichtspunkte, welche auf die Entscheidung über das Militärgefege nothwendig mit einwirken müssen, um der Krankheit des Reichskanzlers Fürsten Bismarck willen nicht in gleicher Vollständigkeit und Unbefangenheit ihre Vertretung finden möchten, wie dies für die militärischen Interessen nachhaltig der Fall ist, ist durch die Weisheit Seiner Majestät schnell zerstreut worden. Wie schon kurz gemeldet, hat der Kaiser den Präsidenten des Reichstages, Herrn von Forckenbeck, empfangen und sich über die Stellung der Parteien im Reichstage zu dem Militärgefege ausführlichen Vortrag halten lassen. Mag die Entscheidung Seiner Majestät schließlich fallen wie sie will, wir haben jetzt also die Gewissheit, daß dieselbe in vollster Kenntnis aller in Betracht zu ziehenden Momente werde getroffen werden.

— Über die Einführung der Zivilehe im ganzen deutschen Reiche haben im Bundesrathe bereits Besprechungen stattgefunden, über welche soviel bekannt geworden ist, daß diejenigen Staaten, in denen die Zivilehe bereits besteht, sich für den Antrag aussprechen, daß andere jene Richtung vertreten, welcher am Freitag der bairische Justizminister v. Fäustle im Reichstage Ausdruck gab, nämlich bei Einführung der Zivilehe lediglich das Bedürfnis der Einzelstaaten in das Auge zu fassen, und daß eine dritte Gruppe endlich, an deren Spitze Mecklenburg, Reuß ältere Linie und Sachsen standen, lebhaft gegen die Zivilehe eintrat. Was speziell die preußische Regierung anbetrifft, so wird gemeldet, daß sich diese für die allgemeine Einführung der Zivilehe erklären werde.

— Graf v. Mohr und Dr. Cornelius in München haben (wie man der „Frk. Ztg.“ schreibt) in einer Eingabe an den König von Bayern gebeten: Derselbe wolle die bairischen Bevollmächtigten beim Bundesrathe dahin instruieren, daß bei Berathung des Gesetzes über die Einführung der obligatorischen Zivilehe im Bundesrathe die gewichtige Stimme Bayerns zu Gunsten der baldigen Einführung der obligatorischen Zivilehe in die Wagschale gelegt werde. Graf Mohr bekleidet eine der höchsten Hofcharden, erfreut sich besonderer Gunst des Königs und gilt als einflußreiche Person bei Hof.

— In der Sitzung des Reichstages am Sonnabend hatte der Lyceal-Professor Merkle bekanntlich die Ehe zwischen einem Getauften und Nichtgetauften, welche der Schlussextrahol des Entwurfs ermöglicht, für ein sittliches Verbrechen erklärt und dabei noch lauter als gewöhnlich geschrieben. Dr. Volt erinnerte dagegen daran, daß noch vor wenig Jahren Papst Pius IX. die Dispensation zu einer Ehe zwischen einem Israeliten und einer katholischen Christin gegeben hat, deren feierliche Eheschließung in Paris stattfand. Der Bräutigam hieß Herr d. H. und war in der Lage, das schwere Geld zu zahlen, was die Dispensations-Erteilung allerdings gekostet hat. Was der Papst Namens der Kirche gestatten darf, muß auch der weltliche Staat in sein Eherecht aufnehmen können, ohne deshalb zum Sündenfuß zu werden. Auf jene Erinnerung Dr. Volts blieb das so sehr zum Dementiren geneigte Zentrum mühschentill. Es müssen unter ihm Leute sein, die den Vorgang gut kennen.

— Der preußische Klerus hat ein neues Mittel gefunden, mit dem er die Maigesetze umgehen zu können glaubt. Ein Theil der neu angestellten Kapläne in der breslauer Diözese ist bei dem Fürstbischof um seine Entlassung eingekommen und hat dieselbe auch erhalten. Die Kapläne hoffen, durch Niederlegung ihres Amtes einer Strafe zu entgehen, weil sie dann geistliche Verrichtungen nicht als Geistliche, sondern als Privatpersonen ausüben. Was den Bischof anbelangt, so gebietet, wie die W. „Bresl.“ ausführt, freilich die Maigesetze denselben unter Androhung einer Strafe von 1000 Thlrn., die erledigten Stellen binnen einer bestimmten Zeit zu befreien, allein wenn der Bischof seines Amtes entsezt ist, was kaum lange anstehen kann, so hört das Gebot auf, und wenn er gar aus dem Deutschen Reich ver-

wiesen ist, so gibt es für ihn nach Ansicht der klerikalen Juristen überhaupt keine Maigesetze mehr. Ob diese Argumentirung kein Loch hat, müßte sich sehr bald zeigen, und wenn das, wie wahrscheinlich, der Fall ist, so wird die Regierung ihre Maßnahmen zu treffen wissen.

— Durch den Tod des Herrn v. Balan ist die Reichsregierung genötigt, außer dem Gesandtschaftsposen in Stockholm, welcher bekanntlich durch den Rücktritt des Frhrn. v. Richthofen erledigt ist, auch den Gesandtschaftsposen in Brüssel neu zu besetzen. Als im Sommer des vergangenen Jahres vielfach gemeldet wurde, daß Herr v. Balan zum Staatssekretär im auswärtigen Amte außersehen sei, bezeichnete man den Grafen Hasfeld als Kandidaten für den Brüsseler Gesandtschaftsposen. Legationsrath Graf Hasfeld, welcher im auswärtigen Amte als vortragender Rath beschäftigt ist, entstammt der bekannten katholischen Adelsfamilie Schlesiens, in deren Besitz sich teilweise auch der Fürstentitel befindet.

— Der deutsche Botschafter in Wien, General Schweinitz, welcher am 29. auf seinem Posten wieder eingetroffen ist, erbat und erhielt bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, vom Mai ab einen längeren Urlaub zu einer Familienreise nach Nordamerika.

— Noch vor Beginn der Ferien des Reichstages ist von dem Abg. Mosle, unterstützt durch zahlreiche andere Abgeordnete, ein Gesetzentwurf als Antrag eingereicht worden, dessen einziger Paragraph dahin lautet, daß beuhfs Reduktion des Grundkapitals oder teilweise Liquidation der Rückst. auf eigener Aktien gestattet sein soll. Da die in Rede stehende Frage eben eine streitige ist und von den verschiedenen Gerichten in verschiedenem Sinne entschieden wird, soll hierdurch jede Ungewissheit und Rechtsunsicherheit bleibend beseitigt werden.

— Da in einzelnen Landesteilen der preußischen Monarchie die Auswanderung militärflichtiger Personen seit mehreren Jahren solche Dimensionen angenommen hat, daß sie das Interesse der Heeresergänzung ernstlich zu beeinträchtigen droht, so wird es für nothwendig erachtet, fortan bei Ausführung der Militär-Ersatz-Instruktion mit aller Strenge zu verfahren und im Wege der Polizeiverordnung zu bestrafen:

1) Diejenigen Militärflichtigen, welche es verabsäumen, in Folge öffentlicher Aufruforderung der mit Führung der Stammrolle beauftragten Behörden, sich beuhfs Eintragung ihres Namens in die Stammrolle oder deren Berichtigung bei dem Bürgermeister oder dem Gemeinde- oder Gutsvorsteher desjenigen Ortes, in welchem sie ihr gewöhnliches Domizil haben, oder wo sie sich in der Lehre, im Dienst, in Arbeit oder auf einer Lehranstalt befinden, zu melden; 2) diejenigen Militärflichtigen, welche (wenn sie im Laufe des Jahres, in welchem sie sich zur Aufnahme in die Stammrolle anzumelden haben, den Wohnort oder Aufenthaltsort, wo sie nach § 20 der Ersatz-Instruktion gestellungspflichtig sind, verlassen) es verabsäumen, dies sowohl bei ihrem Abgang der Behörde des Ortes, welchen sie verlassen, als auch der des neuen Domizils beuhfs der Berichtigung der Stammrolle spätestens innerhalb 3 Tagen zu melden; 3) die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren von Militärflichtigen, welche es verabsäumen, ihre militärflichtigen Söhne, Pflegebefohlenen, Dienstboten, Haus- und Wirthschaftsbeamten, Handlungsdienner und Lehrerlinge oder bei ihnen in Arbeit stehenden Handwerksgesellen, Lehrbüchern und Fabrikarbeiter, wenn diese im Orte ihres Domizils nicht anwesend, oder von dem Orte, wo sie sich in der Lehre, in Dienst oder in Arbeit befinden, zeitig abwesend sind, beuhfs Eintragung in die Stammrolle resp. deren Berichtigung anzumelden, endlich 4) diejenigen Militärflichtigen, welche der Aufruforderung, sich zur Musterung oder Aushebung der Kreis- oder Departements-Ersatz-Kommission des Bezirks, in welchem sie nach § 21 der Ersatz-Instruktion gestellungspflichtig sind, zu gehalten, keine Folge leisten, oder bei Aufrufung ihres Namens im Musterungs- oder Aushebungsort nicht anwesend sind.

— Über das gegenseitige Verhältniß der beiden sozialistischen Fraktionen des Reichstages bringt der legte „Volksstaat“ aus offiziellen Parteikreisen eine interessante Mittheilung.

Danach hat die Fraktion des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ den von den „Eisenachern“ gestellten Antrag auf förmliche Verschmelzung beider Fraktionen zurückgewiesen, sich aber damit einverstanden erklärt, daß künftig bei Stellung von Anträgen und Behandlung der einzelnen Gesetzentwürfe nur gemeinschaftlich und nach vorgängiger Berathung operirt werden soll. Dieser Beschluß involviert einen offensären Erfolg der „Eisenacher“ über die Deputirten des „Allg. deutsch. Arb.-Ver.“, deren ungezügelte Redelust und damit zusammenhängende gelegentliche parlamentarische Niederlagen den ersten mehrfach bereits sehr unbehaglich geworden sind. Der „Volksstaat“ hofft, daß diese Vereinbarung die beiden größeren Arbeiterparteien in Deutschland, dern P. Preß sich bisher bekanntlich gegenseitig mit Artigkeiten, wie „Berührer“, regalirten, einander näher bringen werden. Wie lange sich die ungetümten Naturen der Deputirten des „Allg. deutsch. Arb.-Ver.“ die Bewormung der Eisenacher „Staatsmänner“ gefallen lassen werden, dürfte freilich abzuwarten bleiben.

— Die zweite Berathung über das Reichspapiergeld-Gesetz ist in der letzten Sitzung des Reichstages zwar eingeleitet, in der Mitte aber unterbrochen worden. Die „Berl. Aut. Korrespondenz“, das Organ der nationalliberalen Partei, hofft die Hoffnung, daß die Zeit bis zur Wiederaufnahme der Berathung wesentlich zur Verständigung beitragen wird. Sie schreibt:

„Die Regierungsvorlage und die Anträge, welche bisher zu derselben eingebraucht sind, stehen sich keineswegs störrisch gegenüber. Die Regierung will als normalen Zustand die Ausgabe von 40 Mill. Thaler Papiergeld für das deutsche Reich; weder diese Absicht, noch diese Summe wird erheblich angefochten. Der Antrag Mosle, welcher das Gesetz zur Zeit gänzlich abweisen will, hat eben so wenig Aussicht auf Annahme, wie der Antrag Tellkampf, welcher nur die Hälfte Thaler als normalem Betrag der Reichspapiergeld-Emission zulassen will. Die Anträge, um welche ernstlich verhandelt wird — dieselben sind von den Abgeordneten Bamberg und Harnier gestellt — beziehen sich im Wesentlichen nur auf die Mittel, mit denen den Bürgern, welche über ihren matrikularmäßigen Anteil bei der Reichspapiergeld-Emission hinaus Papiergeld ausgegeben haben, bei Einziehung des letztern zu Hülfe gelommen werden soll.“

Die Regierungsvorlage folgt ein an sich einfaches System; sie rechnet den jetzigen Betrag aller Papiergelemissionen zusammen, zieht davon zunächst diejenigen 40 Millionen Thaler ab, welche auch in Zukunft als normaler Bestand der Papiergelemission aufrecht erhalten werden sollen, und bestimmt dann, daß von dem überschüssenden Betrage diejenigen Staaten, welche mehr Papiergelemission ausgegeben haben, als die Norm beträgt, den dritten Theil sofort selber einzulösen sollen, daß der Rest aber einstweilen im Reichspapiergeledeckt und in 15 Jahren nach den betreffenden Staaten nach und nach eingelöst werden soll. So einfach dieses Verfahren nun auch als arithmetische Berechnung ist, so leidet es doch daran, daß tatsächlich der jetzige Bestand an Papiergeledeckt für's erste um eine kaum nennenswerte Summe verringert wird. Die Einlösung des einen Dritttheils vom überschüssenden Betrage des Reichspapiergelecks durch die überschuldeten Staaten, um uns eines kurzen Ausdrucks zu bedienen, wird bei nahe gänzlich dadurch abhängt, daß einzelne Staaten und vornehmlich Preußen zu einer Nebenausgabe von Reichspapiergeledeckt werden sollen, indem ihnen nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage die Differenz, um welche sie mit ihrer bisherigen Papiergelemission hinter ihrem matrikularmäßigen Anteil an der Reichspapiergelemission zurückbleiben, in Reichskassen schaffen zur freien Verfügung be händigt werden soll. Preußen hat außer 2,228,000 Thalern "Darlehens-Kassensteine", die nicht als Papiergeledeckt im Sinne dieses Gesetzes anzusehen sind und aus der Betrachtung ausscheiden, an Kassanweisungen 18,250,000 Thaler ausgegeben; es soll als seinen Anteil an der Reichspapiergelemission über 23,998,392 Thlr., also 5,748,392 Thlr. mehr erhalten, wie es zur Einlösung von eignem Papiergeledeckt gebraucht. Gar kein Papiergeledeckt haben ausgegeben und bedürfen also gar keiner Ueberweisung von Reichspapiergeledeckt, derselben, sollen indeste als ihre Quote am Reichspapiergeledeckt zugewiesen erhalten: Elsaß-Lothringen 1,511,425 Thlr., Hamburg 330,626 Thlr., Oldenburg 307,025 Thlr., Bremen 119,388 Thlr., Lippe 108,398 Thlr., Lübeck 50,874 Thlr., Lauenburg 48,326 Thlr. Das macht zusammen: 8,224,454 Thlr.; das von den überschuldeten Staaten selbe sofort einzulösende Drittel beträgt im Ganzen: 8,123,685 Thlr., es wird von ihnen bei dieser Operation also nicht ganz eine Million Thlr. Landespapiergeledeckt mehr aus dem Verkehr herausgezogen, als durch das Reichspapiergeledeckt ersetzt wird, welches den andern Staaten über den von ihnen einzulösenden Betrag in Landespapiergeledeckt hinaus als Lohn früherer Enthaltsamkeit zugewiesen wird. Billigt man diesen Zustand nicht, sondern geht man von der Ansicht aus, daß der als normal befindene Betrag von 40 Millionen Thalern sofort einzuhalten ist und auch vorübergehend nicht überschritten werden darf, so kommt es darauf an, festzustellen, daß auch jetzt nur 40 Millionen Thaler Reichspapiergeledeckt ausgegeben, die zur Einlösung des überschüssenden Betrages des Landespapiergelecks nothwendigen Mittel aber auf andere Weise als durch Ausgabe von Reichspapiergeledeckt herausgebracht werden. Ein Theil dieses Deckungsbedarfs läßt sich mit Leichtigkeit rechnungsmäßig ausscheiden, wenn man den Grundatz annimmt, daß die Staaten mit gar keiner oder unter der Norm bleibender Papiergelemission nicht sofort durch Be händigung von neuem Reichspapiergeledeckt abgefunden, sondern auf die Ratenzahlung der überschuldeten Staaten angewiesen werden, welche diese nach und nach zur Deckung ihres Überschusses an Landespapiergeledeckt zu leisten haben. Wir haben diesen Theil auf 8,224,454 Thlr. berechnet und es bleibt demnach nur noch 10,922,146 Thaler, welche durch andre Mittel, als durch Ausgabe von Reichspapiergeledeckt gedeckt werden müßten. Geht man also auf das vom Abg. Bamberg vorgeschlagene "System der Anweisung" ein, welches keinerlei Schwierigkeiten darbietet, so bleibt nur noch die Frage zu lösen, in welcher Weise diese 10,922,146 Thlr., oder da diejenige Summe von 899,231 Thlr., welche von dem "Drittel" der überschüssenden Papiergelemission der überschuldeten Staaten durch das Anweisungs-Verfahren nicht abhängt, wird, durch diese Staaten selber sofort einzulösen sein würde, die verbliebenden 10 Millionen (genau 10,022,915 Thlr.), die diesen Staaten als Vor schuß geleistet werden sollen, zu beschaffen sind. Von Seiten des Reichskanzleramts ist in Abrede gestellt worden, daß irgend welche Mittel des Reichs hierfür zur Verfügung seien, und anscheinend wird mit Bestimmtheit verweigert, irgend eine Finanzoperation zu machen, durch welche das Reich gegen Bezahlung die Mittel zur Deckung beschaffen müßte. Als Ausgleich ist durch den Abg. Harnier nun der Antrag eingebracht worden, daß die Reichsregierung ermächtigt werde, zwar die zur Verteilung nothwendigen 10 Millionen Thaler in Papiergeledeckt anzuzeigen zu lassen, jedoch gehalten sei, dieses Geld so lange in den Beständen des Reichs, gegen Herausgabe der gleichen Summe in Gold, aufzubewahren, als zur Befreiung der Reichsausgaben noch sonstige haare Mittel verfügbar sind. Geht man auf diesen Vervielfältigungsgedanken ein, so ist jede Schwierigkeit beseitigt, soweit es sich um die Beschaffung der Deckungsmittel handelt, und es bleibt nur noch herbeizuführen, daß diejenigen Staaten, welche für ihre frühere Enthaltsamkeit in der Ausgabe von Papiergeledeckt eine Kompensation zu beanspruchen berechtigt sind, sich mit der Anweisung auf die ratenweisen Rückzahlungen der überschuldeten Staaten begnügen und nicht darauf bestehen, durch Schaffung neuen Papiergelecks sofort befriedigt zu werden. Bei dieser Sache scheint für das Reichspapiergeledeckt keinerlei Gefährdung in Aussicht zu sein, und es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Session die Regelung dieser Angelegenheit herbeiführen wird.

— Pastor Quistorp läßt wieder einmal etwas von sich hören, er hat im Namen des "Deutschen Verein zu Schutz und Trutz gegen Entchristlichung und Entchristlichung des Volkes" an die Theaterdirektoren die kategorische Aufforderung gerichtet, sich während der Chorfeste doch ja der Aufführung „zötiger Posen und namentlich frivoler Balletts“ zu entschlagen und ja am Gründonnerstag und Chorfesttag die Theater überhaupt zu schließen.

Silf, 30. März. Am 27. d. kam die bekannte "Handkugelschule" des Konsuls in Kowno, Sczessy, gegen den früheren Redakteur des hiesigen "Bürger- und Bauernfreundes", Holz, zur Schlussverhandlung. Bekanntlich handelte es sich um die Frage, ob der Herr Konsul dem Fürsten Bismarck bei dessen Durchreise auf dem Bahnhof die Hand gefüßt oder aber, wie er selbst behauptet, sich nur tief auf sie herabgebeugt habe. Die Vertheidigung des Redakteurs Holz hatte die Vernehmung des Fürsten Bismarck beantragt. Diese ist nun erfolgt und hat das Resultat ergeben, daß der Fürst auslachte, sich des Vorgangs nicht mehr deutlich entzählen zu können. Der Beweis der Wahrheit wurde unter diesen Umständen als mißglückt betrachtet, und Herr Holz in Anbetracht dessen, daß die Witbälter sich der Geschichte bemächtigt und den Kontinent lächerlich gemacht hätten, zu 25 Thlr. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Wien, 28. März. Seit drei Tagen wird im Abgeordnetenhaus das Budget des Unterrichtsministeriums berathen, und dabei kommen dann, wie alljährlich, die nationalen Heizerien auf der Tribüne zur vollen Blüthe. Bei dieser Gelegenheit schreibt man der "R. Z." erhält der unbefangene Leser oder Zuhörer immer das schmerzlichste Bild von den unheilbaren Schäden, welche dieser Monarchie ihre Bielsprachigkeit zufügt. Jene geweihten Stätten, die anderswo der heiligen Mission der Jugendbildung gewidmet sind, hallen hier wider von dem Lärm der sich befriedenden Stämme und werden zu Brünnestern des nationalen Fanatismus degradirt, der um so furchtbarer wirkt, als sich nun auch noch überall der Klerus in der Rolle des Friedenstörers hineinschleicht. Er pustet die Slaven gegen das deutsche Bürgerthum und die deutsche Bildung; er stellt sich überall auf Seiten Derer, die überhaupt jede Art von Unterricht auf den Jesuiten-Katechismus beschränken und namentlich die realen Wissenschaften absolvieren aus den Schulen verbannen möchten. Wie weit die ultimata Wuth sich versteigt, dafür nur das eine Beispiel, daß der Präfekt des Jesuiten-Gymnasiums in Feldkirch — eine Schule, die durch Thun das Recht erhalten, staatlich gültige Zeugnisse auszustellen,

ohne daß sie irgend einer staatlichen Kontrolle unterworfen gewesen wäre — in einem öffentlichen Programme erklären durfte: der Unterricht müsse im Jesuitenlatein erfolgen — denn die deutsche Sprache, „diese Freigelassene der Sittlichkeit“, sei durch Luther's Schandthat ein für allemal zum Unterrichte und zur Erziehung der katholischen Jugend unbrauchbar geworden; nicht nur die romanischen Idiome, sondern selbst jeder slavische Dialekt sei zu den Zwecken weit brauchbarer. In Mähren, Böhmen und Krain ist der ewige Kampf, daß Czechen und Slaven keine reine und slavische Schulen haben wollen, sondern gemischte Schulen. Denn die ersten stehen bald effektiv leer, während die letzteren prächtige Anstalten der nationalen Propaganda abgeben. Die deutschen Lehrer gehen redlich ihrem pädagogischen Berufe nach; ihre czechischen Kollegen denken an nichts, als bei jedem Anlaß die deutschen zu diskreditieren und zu quälen: der Ausgang dieses Streites ist daher von vornherein klar. In Tirol und Vorarlberg kann der Klerus, dem hier das Geschäft der Volksverbesserung obliegt, zwar keinen Slaven zu Hilfe rufen; aber er ruft das Wohlstandsthum im Kampfe gegen den deutschen Geist zu Hilfe. In Galizien macht man kürzeren Prozeß in Folge ausgedehnterer Autonomie des Königreiches und seiner Landesorgane. Noch besteht ein deutsches Realgymnasium in Lemberg: der Landtag beschließt dessen Polonisierung, aber selbst Tircz als Kultusminister verweigert, die Sanktion des Beschlusses einzuhören. Hört! Da schickt der Landesausschuss Lehrer hin, die kein Wort deutsch verstehen, und Statthalter Graf Goluchowski findet das ganz in der Ordnung. Die Hauptstädte des deutschen Elementes in Galizien sind noch immer die Juden. Als gestern Einer derselben, Bankier Mendelssohn aus Lemberg, sich befallen ließ, zu behaupten, seine Glaubensgenossen lebten mit den Polen auf bestem Fuße und fühlten sich nur als „Polen jüdischer Konfession“: da regnete es von allen Seiten derbe und hochkomische Bureaucratien. Bankier Höningmann erinnerte an die zahlreichen Aufforderungen der polnischen Blätter, den Juden die Fenster einzuhauen, ja, ihnen nicht die Schulden zu zahlen. Ein dritter Israelit und Galizier Kallin illustrierte die Liebe der Polen zu den Juden durch die bekannte Anekdote, die — weil sie sich nicht von ihm Posten entfernen darf — einen Vorübergang haben, mit dem sie verfeindet ist, zärtlich anruft: „Komm her, Lieber, und las Dich durchprügeln!“

Paris, 29. März. Die Rude, welche Herr von Broglie im Verfassungsausschussh gehalten hat (und welche bereits telegraphisch skizzirt worden ist). — Red. d. "Pos. Ztg.", ist ein langes sehr ausgearbeitetes Aktenstück. Die eigentlich politische Quintessenz des ganzen Wortschalls liegt in einer einzigen Stelle, welche wir hier folgen lassen: „Auf diese Weise (also nach dem bekannten Entwurf der Regierung), würden wir die Organisation der zweiten Kammer und zugleich auch die des Septenniums vollendet haben. Es scheint in der That nicht möglich, die Befugnisse des Marschalls Mac Mahon durch ein Spezialgesetz festzustellen.“

Weiterhin führt der Minister aus, daß die Organisation der beiden Kammer dem Gesetz vom 20. November vollständig gerecht werde; der Marschall habe alles, was er verlangen kann: das Recht, die Beamten zu ernennen, das Oberkommando, legislatorische Initiative und Promulgation, sogar ein Veto in gewissen Fällen. Wozu also noch weiter über seine Befähigungen diskutieren? Diese Deduktion ist ein Meisterstreich von Herrn von Broglie: er will den ganzen Streit über den Titel des Marschalls, über die Bedeutung des Septennats, alles, was die Rechte aufregt und was gestern schon in der Assemblée in tragikomischer Form durch Herrn Dahirel zur Explosion gebracht wurde, unbestimmt lassen. Er will es nicht blos wie bisher vertagen, sondern völlig begraben; das Septennium soll seine sieben Jahre lang auf der Zweideutigkeit beruhen! Das ist das Broglie'sche System in höchster Vollendung; es bleibt nur abzuwarten, was die Beteiligten dazu sagen werden. — Die Urtheile, welche in der Presse über die gestrige Debatte, Befestigung von Paris betreffend, laut werden, sind reine Parteistimmen. Man ist für oder gegen das Regierungsprojekt, gegen oder für die von Thiers geäußerten Ansichten, je nachdem man sich zu der einen oder anderen politischen Farbe bekennt. Was uns am befreimlichsten vor kommt, ist der Kostenansatz: mit 70 Millionen Franken einen Kreis von 8 Meilen Durchmesser zu befestigen, drei verschantze Lager für je 300,000 Mann einzurichten und was alles dazu gehört, — da dürfte das Defizit drei Mal größer werden als die Anschlagssumme!

Der Kassationshof hatte bekanntlich ein Urteil des Appellationshofes von Aix, in welchem sich derselbe dahin ausgesprochen, daß das Departement der Rhoenminnungen sich nicht mehr im Belagerungszustande befindet und daß dieser nur noch für die Stadt Marveille bestehen, für ungültig erklärt und die Sache an den Appellationshof von Montpellier verwiesen. Dieser hat jetzt sein Urteil gefällt und ist der Meinung des aixer Gerichtshofes beigetreten, so daß die Sache jetzt vor die vereinigten Kammer des Kassationshofes kommen muß. — Das "Journal Officiel" veröffentlicht das Gesetz über die Amtsverlängerung für die Gemeinderäte betreffend, so wie das Gesetz über die Vertheilung von 208,700,000 Frs., welche den durch den Feind besetzten Departements zu Gute kommen. Die Verluste beziffern sich, so weit sie angezeigt wurden, auf 686,957,755 Francs. Die am meisten beschädigten Departements sind die Seine und Oise (Versailles) mit 159,646,188 Francs, Seine mit 72,870,000 Francs, Seine und Marne mit 46,481,000 Francs, Ardennen mit 41,487,309 Francs. Die Beschädigten erhalten ungefähr ein Drittel.

Die offizielle Presse schreibt:

"Die Organe der äußersten Linke machen sich zum gefälligen Echo der Gerüchte von neuen Schriften, welche man angeblich auf dem Punkte sieht, in Frohsdorf zu versuchen, und sie freuen sich im Voras auf eine neue und sichere Niederlage ihrer Gegner. Wer, wie wir, den Glauben hegt, daß das Septennat gegenwärtig unsere einzige Zuflucht ist, der kann wegen dieser Versuche, die unmöglich gelingen werden, unbeforgt sein. Vor dem 27. Oktober haben wir aufrechtig an die Justiz geglaubt und bereuen es nicht. Seit diesem Tage aber fehlt uns der Glaube: wir haben ihn für immer verloren. Der Graf Chambord kann auf seine Entschließung nicht zurückkommen, er kann die weiße Fahne nicht mehr aufgeben. Außerdem haben das rechte Zentrum und die gemäßigten Rechte heut nicht mehr Grund, als vor fünf Monaten, die nationale Sache der dreifarbig Fahne aufzugeben. Der konstituierende Akt vom 19. November endlich schafft eine neue Unmöglichkeit und zwar eine solche, die bis zum 19. November 1880 dauert."

Rom, 29. März. Im "Popolo Romano" steht:

"Popolo Romano hat den Bischof von Vannes, Monsignore Bacet, in ganz außerordentlicher Weise, umgeben von den Kardinalen Bizarri, Bonaparte, Franchi und Martinelli, empfangen. Der Bischof bekräftigte in seiner Rude, daß die ganze Bretagne an dem Schicksal des

heiligen Vaters den wärmsten Anteil nimmt und vor Vergierde brennt, im päpstlichen Heere den Ehrenposten wieder einzunehmen. Auf diesen Punkt ging der Papst in seiner Antwort nicht ein, er betonte aber die Leiden, welche die katholischen Bischöfe überall auszuführen hätten; in Italien seien sie mit Ketten überladen. Wir bitten die um Vergierung, denen das noch nicht starr genug ist."

Die Italienischen Nachrichten schreiben:

"Der österreichisch-ungarische Gesandte beim heiligen Stuhle, Graf Paar, hat dieser Tage in Folge des päpstlichen Schreibens an den Kaiser Franz Joseph und des an die österreichischen Bischöfe gerichteten Briefes lange Unterredungen mit dem Kardinal Antonelli und dem Bischof selbst gehabt, um sie zu überzeugen, daß die neuen Gesetze nichts weniger beweisen, als die Freiheit der Kirche zu unterdrücken. Bei dieser Gelegenheit soll der Graf Paar bis Nonno die Antwort des Kaisers auf den an ihn gerichteten Brief des Papstes überreicht haben."

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin**, 31. März. Die eben erschienene Tagesordnung für die 52. Plenarsitzung des Hauses der Abgeordneten am Montag, den 13. April 1874, Mittags 12 Uhr lautet: Zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Enteignung von Grundbesitz. — Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Geschäftslage im deutschen Reichstage werde ich mich genötigt sehen, am 13. April vorzuschlagen, daß die nächstfolgende Sitzung nicht vor dem 23. April stattfinde. Der Präsident des Hauses der Abgeordneten. v. Benningsen.

Lokales und Provinziales Posen, 1. April.

— Der Hennig'sche Gesangverein führt am Chorfesttag Abends 7½ Uhr in der St. Pauli-Kirche den Christus am Ölberge von Beethoven mit vollständigem Orchester (6. Regiment Appold) auf. Die Solopartien sind in den Händen einer Schwester des Konzertgebers und zweier hiesigen Kunstgeübten Dilettanten. Die Leistungen dieses Vereins bei seinem neulichen Konzerte berechtigten zu der Erwartung, daß derselbe auch diesmal eine sorgfältig vorbereitete Aufführung bieten wird, und sei das Konzert hiermit dem musikliebenden Publikum empfohlen, um so mehr, als der Ertrag derselben zum Besten der Kleinkinder-Bewahranstalt bestimmt ist.

— Das hiesige königl. Prov.-Schul-Kollegium hat nachstehende sehr wünschenswerthe Verfügung erlassen:

"Da die königl. wissenschaftliche Prüfungs-Kommission zu Breslau gelegentlich der Beurtheilung der Abiturienten eingetretener Anstalten zu tadeln Veranlassung gehabt hat und auch unsre Departements-Schulräthe die Bemerkung gemacht haben, daß nicht an allen höheren Lehranstalten der Schrift der Schüler die gehörige Sorgfalt genidmet wird, so wollen Em. Wohlgeborene die Lehrer der ihrer Leitung untertrauten Anstalt auffordern, von dem unteren Klassen an mit grübler Strenge auf eine saubere und sorgfältige Schrift der Schüler zu halten, damit dieselben an eine leserliche und gefällige Handschrift rechtzeitig gewöhnt werden. Es wird dieses um so eher erreicht werden, wenn sämmtliche Lehrer der Anstalt sich einer leserlichen und sorgfältigen Handschrift befreitigen und auch insofern ihren Schülern zum Vorbilde dienen."

Es ist leider Thatsache, daß die Schüler, je höher sie in den Klassen steigen, desto mehr sich befreitigen, eine recht schlechte sogen. „gelehrte“ Handschrift sich anzueignen, daher die so oft unleserlichen Handschriften höherer Beamten und Gelehrten.

— Herr Dr. Wedell, Inspektor der israelitischen Waisen-Anstalt und gleichzeitig Religionslehrer an der Realschule, folgt einem seitens des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde zu Breslau an ihn ergangenem Rufe als zweiter Prediger und Dirigent der Religionschule derselbst. Bei dem am Sonnabend stattgehabten Schluß des Schuljahres entließ Herr Direktor Dr. Geist den Scheidenden mit einer herzlichen Ansprache. Abends veranstaltete das Lehrer-Kollegium ihm zu Ehren ein Abschiedsouper.

r. In der Theaterbau-Angelegenheit hielt am Montag die aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehende gemischte Kommission ihre erste Sitzung ab. Bekanntlich wurde diese Kommission seitens der städtischen Behörde zu dem Beweise eingesetzt, um die weiteren Schritte zur baldigen Verwirklichung des Baues zu veranlassen. Es sollen nun, wie man hört, zwei Preise für die auszufüchrenden Bauprojekte, der eine zu 3000, der andere zu 1500 Mark, ausgesetzt, und die Beurtheilung der Projekte mehreren auswärtigen Architekten, welche sich in Theaterbau-Angelegenheiten eines wohlgegründeten Renomme's erfreuen, übertragen werden. Die Baumsumme inkl. Maschinen ist auf 120,000 bis 150,000 Thlr. festgesetzt.

r. Die öffentlichen Prüfungen in den städtischen Schulen sind nunmehr beendet, die letzten Prüfungen fanden in den beiden Stadtschulen auf der Allerheiligenstraße und auf der Wallstraße statt.

r. Auf dem Tanzkränzchen eines hiesigen militärischen Vereins bemerkte man vor kurzem zwei Freiwillige mit den Spuren ebmaliger Tonfur. Wie man hört, beabsichtigt der eine dieser jungen Männer, welche beide noch im vorigen Jahre das hiesige Geistlichen-Seminar besuchten, sich der militärischen Karriere zu widmen, und auf Avancement zu dienen.

S. Rawitsch, 31. März. Der hiesige Bürgermeister Lenz ist einstimmig zum Bürgermeister in Stendal gewählt worden. Der selbe hat sich zu unserem aufrichtigen Bedauern zur Annahme bereit erklärt und steht dessen Amtgang nahe bevor. Der Scheidende will jedoch vorerst noch die von ihm mit Sachkenntniß und Energie unternommene Neorganisation unseres städtischen Schulwesens zum Abschluß bringen. Durch die Ausführung dieses Projekts hat sich Herr Bürgermeister Lenz den Dank aller Einrichtungen erworben.

Bromberg, 30. März. Obwohl unsere Stadt über Mangel an Vereinen nicht klagen kann, so scheint sie immer noch auf Zusatzrechnen zu können. So hat sich in letzter Zeit nicht nur der sehr zahlreiche, aus den verschiedenen Klassen der Gesellschaft zusammengesetzte Landwehr-Verein gebildet, sondern auch ein "Verein der Ostbahn-Supernumerare". Derselbe zählt zu seinen Mitgliedern sämtliche Zivil-Supernumerare, welche theils in den verschiedenen Abtheilungen des Central-Bureau, theils in den der Betriebs-Kommission unterstellten Bureau der königlichen Ostbahn hier beschäftigt werden. Wie wir hören, wurde die Konstituierung dieses Vereins durch veranlaßt, daß die Zivil-Supernumerare es als dringend erachteten, gegenüber dem nun wiederum in Frage gekommenen Anstellung-Berhältnissen zwischen Zivil- und Militär-Anwärtern sich enger zusammenzuhüften, um ihre gemeinsamen Interessen wahrzunehmen; zugleich sollte auch durch diese Zusammenkünfte, verbunden mit Vorträgen bildenden und humoristischen Charakters, sowie mit musikalischer Unterhaltung der Zweck verbunden werden, gegenseitig kennen zu lernen und mit der Zeit ein festes Collegialisches Freundschaftsband zu knüpfen. Dieser lange gehägte Wunsch ist erfüllt worden. Der Verein, bis jetzt aus ca. 50 Mitgliedern bestehend, hält allwochentlich eine Versammlung, in welcher zuerst der geschäftliche, sodann der unterhaltende Theil seine Erledigung findet. Die erste Versammlung fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers in festlicher Weise statt. (Br. 3.)

Chodziesen. 29. März. [Begräbnis des Superintenden-ten Schulze.] Am vergangenen Freitag fand hier selbst die feierliche Beerdigung des in seinem 82. Lebensjahr am 23. d. M. verstorbenen König. Superintendenten Schulze statt. Derselbe hat in der hiesigen Gemeinde 46 Jahre hindurch als treuer Seelsorger gewirkt und feierte vor drei Jahren in seltener Rüstigkeit sein 50jähriges Amtsjubiläum. Durch seinen biederem Sinn erwarb er sich nicht nur in seiner Gemeinde, sondern auch in weiteren Kreisen allgemeine Achtung und Liebe. Die Beteiligung an seinem Begräbnisse war darum auch groß.

Staats- und Volkswirthschaft.

**** Berlin,** 31. März. [Generalversammlung der Deutschen Unionbank.] In der heute abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Aktienbank waren 3,800,000 Thlr. Aktienkapital vertreten. Die Diskussion entwickelte sich sofort nach Eröffnung der Tagesordnung in sehr gereizter Weise, die Verwaltung wurde über die verschiedensten Punkte heftig interpellirt, gab indeß in jeder Beziehung befriedigende Auskünfte, so daß die Debatte sehr bald zu ruhiger Formen zurückkehrte. Die Einzelheiten der Diskussion hier zu wiederholen, lohnt nicht, da Neues nicht vorgebracht vielmehr nur das längst Bekannte wieder und wieder besprochen wurde. Dass es sich dabei in der That wesentlich um Wortsgefecht gehandelt hat, beweist der Umstand, daß der Verwaltung schließlich einstimmig Decharge erteilt wurde. Demnächst wurde ein Antrag gestellt, daß vier Wochen, nachdem das Oberhandelsgericht definitiv entschieden haben würde, daß die Reduktion des Aktienkapitals durch Rückkauf von Aktien zulässig sei, oder nachdem ein Gesetz dieselbe gestattet haben würde, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werde, welche wegen Reduktion des Aktienkapitals der Unionbank Beschluss zu fassen haben würde. Dieser Antrag wurde mit 1005 gegen 500 Stimmen abgelehnt; ebenso ein Antrag mit Änderung des § 38e der Statuten, der auf 1045 gegen 311 Stimmen fiel. Die Generalversammlung dauerte von 10½ bis 2 Uhr. (Börs.-Blg.)

**** Banknachrichten.** In der am 30. d. M. zu Berlin stattgehabten Generalversammlung der Deutschen Handelsbank am Dom-Gesellshaft auf Aktien L. Lambeck &c. waren 701 Aktien mit 278 Stimmen vertreten. Auf Verleihung des Geschäftsberichts wurde verzichtet; die durch das Vor ausgeschiedenen drei Mitglieder des Aufsichtsraths wurden einstimmig wiedergewählt. Zu der ordentlichen Generalversammlung der Leipzig-Denktono-Gesellschaft, welche am 30. d. M. zu Leipzig unter dem Vorsitz des Stadtrath Einhorn stattfand, hatten sich 25 Aktionäre eingefunden, die durch 66,018 Interimscheine, 3284 Stimmen vertreten. Der Geschäftsbericht nebst Rechnungsabschluß wurde einstimmig genehmigt und die Decharge erteilt. Eine kleine Debatte entspann sich nun über den Antrag des Verwaltungsrathes in den aus dem vorigen Geschäftsjahre erzielten Reingewinn von 40,833 Thlr. 6 Mrz. auf das Konsortial-Konto abzuschreiben. Schließlich wurde auch dieser Antrag gegen 10 Stimmen genehmigt.

**** Berliner Bank.** Wie die "Bank- und Handelszeitung" erfaßt, sind von einem bedeutenden Aktienbesitzer unter Deponirung der nötigen Aktiensumme beim Aufsichtsrath folgende Anträge, um sie auf die Tagesordnung der ordentlichen Generalversammlung zu stellen, eingereicht worden: 1) Die Generalversammlung wolle die Zusammenlegung von je 5 mit 40 p.C. eingezahlten Aktien II. Emission zu zwei Vollaktien beschließen, und 2) die Versammlung wolle die Aufhebung der statutarischen Bestimmung beschließen, wonach zwei Drittel des gesamten Aktienkapitals zur Beschlusffassung über die Liquidation vertreten sein müssen.

**** Breslau,** 30. März. [Generalversammlung der Breslauer Handels- und Export-Gesellschaft.] Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Konsul Leo Molinari, eröffnete die Versammlung um 4½ Uhr mit einem Hinweis auf den gedruckten Geschäftsbericht, von dessen Vorlesung Abstand genommen wird. Vertreten waren 377,800 Thlr. Aktienkapital. Die Bilanz enthält an Aktivis: Raffa 19,056 Thlr., Kontokorrent, nach Abschreibung von 53,000 Thlr. 430,629 Thlr., Wechsel 34,758 Thlr., eigene Effekten 21,818 Thlr., reportierte 65,959 Thlr., Waaren 210,110 Thlr., Grundstück 92,544, Bau-Konto 92,882 Thlr., Ludwigsdorfer Grundstück 45,492 Thlr., Utensilien 2000 Thlr., ausländische Balancen 786 Thlr., vorauszahlte Absurz-Bräne 685 Thlr.; an Passiva: Kapital 1 Million, Kreditoren 108,606 Thlr., Hypotheken 80,975, Akzesse 106,198 Thlr. — Das Gewinn- und Verlust-Konto enthält im Debet: Untosten 34,045 Thlr., Spezial-Reserve 53,000 Thlr., Courtagen 5576 Thlr. und verschiedene klein Posten, ein Kredit auf Baus-Konto 28,132 Thlr., Provisionen 8511 Thlr., Gewinn auf Waaren 45,862 Thlr., Zinsen und Repots 16,333 Thlr., Gewinnbeitrag bei den Kommanditen 37,834 Thlr., Ertrag des Grundstücks 608 Thlr. Der Bericht führt aus, daß das vergangene Jahr auch die Gesellschaft mit Schlägen nicht verschont hat, gleichwohl ist der Zustand der Gesellschaft ein gesunder, das Kapital ist vollständig vorhanden, eine mäßige Dividende erzielt und durch die gemachten bedeutenden Abschreibungen Aussicht vorhanden, den Status im künftigen Jahre erheblich zu verbessern. Das Gesamt-Resultat beweist, daß sowohl das hiesige Institut, als auch die Kommanditen auf solider Basis beruhen und sich einen Wirkungskreis gesichert haben, welcher in normalen Jahren immer gewinnbringend sein wird. (Schles. Presse.)

**** Breslau,** 31. März. Die Generalversammlung der Aktionäre der Entrepotgesellschaft hat den Antrag auf Liquidation abgelehnt, dagegen die Vertheilung einer 4prozentigen Dividende, sowie die Reduktion des Aktienkapitals von 1 Million auf 800,000 Thlr. genehmigt.

**** Stettin,** 30. März. In der heutigen Generalversammlung der hiesigen Aktiengesellschaft für Eisenbahnbetrieb und Maschinenbau "Arthurberg", in welcher 42 Aktionäre mit 233 Stimmen anwesend waren, wurde dem Aufsichtsrath und dem Vorstande nach Vorlegung des Geschäftsberichts Decharge für 1873 erteilt und darauf eine Kommission von 6 Aktionären gewählt, welche in Gemeinschaft mit dem Gläubigerausschuß die geeigneten Schritte zur Rekonstruktion der Gesellschaft einer demnächst zu berufenden Generalversammlung vorzuschlagen wird. Die beantragte Änderung der Statuten, wonach zum Beschuß der Liquidation nicht mehr die Deponirung von Zweidritteln des Aktienkapitals erforderlich sein soll, wurde sodann genehmigt und der Aufsichtsrath wiedergewählt.

**** Deutscher Phönix.** (Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.) Die 31. Generalversammlung der Aktionäre dieses weitverweigten Instituts hat am 28. März a. c. statuenmäßig stattgefunden. Aus dem Geschäftsbericht des Direktors Löwengard hat die Generalversammlung mit Befriedigung vernommen, daß das Jahr 1873 für die Gesellschaft ein befriedigendes gewesen ist. Gegenüber den vermehrten Einnahmen, sind die Branschäden in mäßigen Grenzen geblieben. Der Verwaltungsrath konnte demzufolge den Aktionären eine Dividende von 33 Proz. der auf jede Aktie geleisteten Baareinzahlung zuwenden. Dem Pensionsfonds für die Beamten der Gesellschaft und deren Retilien wurde die Summe von fl. 2500 zugewendet. Die Reserven der Gesellschaft betragen am 31. Dezember 1873 fl. 1,529,982 38 Kr., und haben sich gegen diejenigen des Jahres 1872 um fl. 33,552 42 Kr. erhöht.

**** Frankfurt a. M.** 31. März. In der Versammlung von Inhabern von Rockfordbonds, welche gestern Abend hier stattgefunden hat, waren 600,000 Dollars Bonds vertreten. Die Versammlung beschloß fast einstimmig, ein neues Komitee zu wählen, zu dessen Mitgliedern die Herren Grimebaum, Tahn, Dr. Ebener, Dr. Ortenberger, Minoprio, Konsul Wolff und Konsul Murphy ernannt wurden. Die beiden Letzteren lehnten die auf sie gefallene Wahl ab. Dem Komitee wurde die Befugnis beigelegt, sich weitere Mitglieder zu cooptiren und denselben von der Versammlung der Auftrag erteilt mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu streben, die Bahn in Besitz zu bekommen.

**** Einlösung außer Cours gesegelter sächsischer Münzen.** In den Monaten April, Mai und Juni dieses Jahres werden von

der Finanz-Hauptkasse zu Dresden, der Lotterie-Darlehnskasse zu Leipzig und von sämtlichen Haupt-, Zoll- und Steuer-Amtshäusern, Forst-Kantänen und Bezirkssteuer-Einnahmen die im Zwanzig-Guldenfuß ausgeprägten ¼, ½ und ¾ Thalerstücke Kurfürstlich und Königlich Sächsischen Gepräges, und zwar die ¼ Thalerstücke (Speziesthaler) zu 1 Thlr. 11 Sgr. 1 Pf., ½ Thalerstücke (Konventionsgulden) zu 20 Sgr. 5 Pf., ¾ Thalerstücke (halbe Konventionsgulden) zu 10 Sgr. 2 Pf. für das Stück sowohl in Zahlung angenommen, als auch gegen Kurantmünzen umgewechselt.

**** Königliche Ostbahn.** Nach den neuesten Nachrichten aus dem Handelsministerium und nach den Intentionen des Handelsministers ist die Verlegung der Direktion nach Berlin so gut wie aufgegeben. Der Minister hat nämlich angefragt, ob das fernere Verbleiben der Direktion in Bromberg nicht überhaupt wünschenswerth erscheine. Die hierauf erstatteten Berichte sollen sich denn auch in diesem Sinne ausgesprochen haben, und steht daher das Verbleiben der Direktion der Ostbahn in sicherer Aussicht. Die Verlegung der Eisenbahn-Kommission Bromberg nach Danzig, von der das Gericht wissen wollte, ist ohne Wahrscheinlichkeit. Es ist möglich, daß der große Verwaltungsbereich der Bromberger Eisenbahn-Kommission gelöst und in Danzig noch eine vierte Eisenbahn-Kommission errichtet wird. Allein diese Möglichkeit nimmt man nur an, wenn die Verlegung der Kommission von Bromberg ganz außerhalb der Möglichkeit liegt. (Börs. Cour.)

**** Pommersche Centralbahn.** In dem Konkurse über das Vermögen der Pommerschen Central-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft ist zum meistbietenden Kaufpreise der Bahn-Anlage nebst Zubehör der Termin auf den 20. Mai 1874, Vormittags 10 Uhr, im Berliner Stadtgerichts-Gebäude, Zimmer Nr. 12, anberaumt. Die Taxe ist auf 2,438,700 Thaler ausgefallen. Die zu leistende Bietung-Raute beträgt 100,000 Thaler, die Kaufbedingungen, die Taxe und die näheren Ausweise über die Bahn-Anlage sind in der Gerichts-Registratur einzusehen.

**** Braunschweig,** 31. März. Bei der heute stattgehabten Präsentierung der braunschweigischen 20-Thaler-Epose fiel der Hauptgewinn von 80,000 Thlr. auf Nr. 42 der Serie 1122, 6000 Thlr. fielen auf Nr. 39 der Serie 3694, 2000 Thlr. fielen auf Nr. 25 der Serie 1122, 800 Thlr. fielen auf Nr. 20 der Serie 3694.

**** Wien,** 31. März. Der gedruckte Jahresbericht der österreichischen Kreditanstalt, welcher in der heutigen ordentlichen Generalversammlung vorgelegt ist, bietet im Wesentlichen folgende Resultate: Was den Effektenbestand angeht, sind von den aus dem Vorjahr übertragenen Aktien Franz-Josephs-Aktien, Theissbahn, die Prioritäten der böhmischen Westbahn, Donau-Dampfschiffahrtsgesellschafts-Aktien, sowie ein namhafter Theil der sächsischen Kohlenwerke-Aktien abgestoßen worden; übernommen wurden die Aktien der Petersburger internationalen Handelsbank, der Banque franco-holländaise, Syndikatanteile der zweiten Emision von Laurahütte, sowie Aktien der wiener Verkehrsbank, auch diverse Effekten zahlungsunfähiger Schulden. Zurückgekauft wurden die Aktien der jüdenburger Gewerkschaft al pari. Der Verlust an dem älteren Effektenbestand beträgt 214,303 fl. und an den von Schuldern übernommenen Effekten 496,885 fl. Durch diese beiden Verlustziffern reduziert sich der an Effekten verrechnete Kontrahentengewinn auf 682,988 fl. Der Nutzen an den Konsortialgeschäften, betreffend die Alsfeld-Bahn, die Arad-Temeswarer Bahn und die ungarische Westbahn bleibt dem laufenden Jahre vorbehalten. Der Bau der ersten ungarisch-galizischen Bahn soll noch in der ersten Hälfte dieses Jahres vollendet werden. Die aus dem Elbthal-Konsortium übernommenen Aktien sind in den Effektivstand aufgenommen; die gemeinsam mit der Anglobank übernommenen Aktien der Rudolfsbahn sind vollständig, die Prioritäten teilweise begeben. Die aus dem Konsortium für die 9prozentigen türkischen Schatzbonds übernommenen Stücke sind noch zu günstigen Kursen begeben worden. An der spanischen Anleihe bleibt die Kreditanstalt noch mit 50,000 Pfund engagiert. Die Aktien der öberschlesischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau sind noch ganz unbegeben, haben jedoch einen Ertrag von 7 Proz. ergeben. In den Effektenengewinn sind ferner eingerechnet: Der Gewinn an den Prioritäten der Staatsbahn und der bereits realisierte Gewinn an den 9prozentigen ungarischen Schatzbonds. An den lothringischen Eisenwerken in Ars sur Moselle ist die Kreditanstalt mit 1,890,000 fl. beteiligt, wovon 40 Proz. eingezahlt sind. Die erste viermonatige Geschäftsperiode ergab nach den vorgenommenen Abschreibungen einen Ertrag von 10 Proz., die Herrschaft Pardubitz einen Ertrag von 9 Proz. Das Bank- und Kommissionsgeschäft der Centralanstalt weist ein Zinsvertragsrisiko von 3,766,972, im Provisionskonto 659,258, im Devitengeschäft 405,360, zusammen 4,831,590 fl. auf. Davon sind abgezogen worden für Contocurrent-Forderungen 476,747 fl. für Forderungen aus Belehnungsgeschäften 943,004, zusammen 1,419,751 fl. Im Gesamtkonto-Geschäft wurde von dem Gewinne der Betrag von 340,219 fl. zur Deckung von aus früheren Jahren stammenden Verlusten bei zwei industriellen Unternehmungen verwendet. Die Filialen ergaben einen Gesamt-Ertrag von 883,025 fl., darunter die Filiale in Brünn nach Abrechnung eines Verlustes von 354,079 fl. einen Ertrag von 139,869 fl., die Filiale in Lemberg nach Abrechnung eines Verlustes von 380,119 fl. einen Ertrag von 143,822 fl., die Filiale in Prag nach der Abrechnung eines Verlustes von 194,764 fl. einen Ertrag von 5447 fl. und die Filiale in Triest nach Abrechnung eines Verlustes von 100,027 fl. einen Ertrag von 399,121 fl. Die Beteiligung der Kreditanstalt an dem Bank- und Warengeschäft der ungarischen Kreditbank führte zu einem Verluste von 80,527 fl.

**** Washington,** 30. März. Der Senat hat den Antrag, vom Januar 1876 ab die Zahlungen in Metallgeld wieder aufzunehmen, abgelehnt.

Vermissetes.

* Eine seltsame Geschichte — welche in den höheren politischen Kreisen Berlins zu spielen scheint — erzählt der berl. "Börs.-Courier" wie folgt: „Wir überlassen es unsern Lesern vollständig, die Personalien der folgenden Geschichte zu errathen, überlassen es ihnen ganz und gar zu vermuten, um wen es sich handelt, ob um einen Schriftsteller, einen Volksvertreter — einen Staatsmann, wir sagen nur, daß ein Name gegenwärtig einer der bekanntesten ist, doch er steht einer der berühmtesten Leute ist. Die Tochter dieses Mannes ist seit mehreren Jahren in heiratsfähigem Alter. Sie ist liebenswürdig, sie ist von Huldigungen umgeben — ihr Vater liebt sie, verbringt mit ihr seine Augenblicke der Muße mittler in seinem arbeitsreichen Leben, wenn er fern von dem Orte ist, an den ihn seine Tätigkeit bindet, ist er in seiner freien Zeit fast immer in ihrer Gesellschaft. Mit Schmerz sieht er Vater, daß seine Tochter alle Anträge, die man ihr stellt, beharrlich von der Hand wies — und doch befanden sich unter diesen Bewerbern die reichsten Erben, Männer des ältesten Adels, Inhaber der höchsten Stellungen, selbst ein Fürst — die junge Dame blieb unerreichbar. Der Vater hatte lange über die Ursache dieser Unzugänglichkeit gegrübelt, endlich glaubte er sie gefunden zu haben und er sprach eines Tages vollkommen frei darüber mit seiner Tochter. Er sagte ihr, sie müsse irgend eine Liebe, irgend eine tiefe Zuneigung hegen, die sie allen anderen Männern gegenüber falt, fast zurückstoßend erscheinen ließe. Sie möge den Namen dessen, dem sie ihre Neigung schenke, nennen, es sei wer es wolle, er der Vater sei reich und mächtig genug, ihn bald seiner Tochter fast gleichzustellen. Thränenden Auges erwiderte das junge Mädchen, daß sie allerdings eine tiefe Neigung hege, die erwidert würde — doch sei der Betreffende ein einfacher Lieutenant. Am nächsten Tage erschien der Lieutenant vor dem Vater. Dieser ließ ihn kaum zu Worte kommen. „Ich weiß, sagte er, was es Ihnen unmöglich erscheinen läßt, mein Schwiegersohn zu werden, trotz des Unterschiedes der sozialen Stellung werde ich Sie dazu machen. Die Liebe meiner Tochter birgt mir für Sie, den ich bis dahin nicht kannte.“ Statt des freudigen Dankes aber, den der Vater erwartete, erhielt er etwa folgende Antwort: „Ich danke Ihnen für Ihre unendliche Güte. Gleichwohl ist diese Verbindung unmöglich. Ich bin aus

einer alien Katholikenfamilie. Ich kann nicht die Tochter dessen, den diese als den „Feind der Kirche“ betrachtet, den ich fast selbst gewungen bin, als solchen anzusehen, heimführen.“ Mit trauriger Miene verabschiedete sich der Offizier, den Vater, der eine solche Antwort am Wenigsten erwartet hatte, völlig konsternirt zurücklassend. Er ließ seine Tochter rufen, er erklärte ihr, daß der Offizier ihre Hand vollständig verweigere, daß sie ihn vergessen möge. — Die Tochter wurde bleicher als je. „Er ist zu ehrlich“, erwiderte sie, „um seinen Glauben zu versäumen. Ich werde dieses Opfer nicht fordern und wenn er es verlangt, werde ich, weniger gläubig als er, seine Religion annehmen, um eine Ehe zu ermöglichen.“ Der Vater sah seine Tochter von Tag zu Tag untröstlicher werden, — er selbst wurde in eine furchtbare Angst versetzt, die nicht ohne Folgen blieb. — So stehen die Sachen heute, wie sie enden, kann Niemand voraussehen.“

* **Berlin.** Es wird hier, wie der "B. C." mittheilt, ein neues großes literarisches Unternehmen geplant, eine Revue im Style der "Revue des deux mondes". Die berühmtesten und berühmtesten literarischen Kräfte Deutschlands, die hervorragendsten Männer der Wissenschaft haben sich bereit erklärt, dieser Zeitschrift ihre Feder zu leihen, um sie zu einem Brennpunkte des deutschen Geisteslebens zu gestalten. Bekannter soll das Unternehmen gleichfalls gesichert sein. Ein Konsortium reicher Männer hat einen Gründungsfond von beiläufig 100,000 Thalern subscibirt. Mit dem Buchhändlerischen Vertrieb des projektierten Unternehmens sollen die Gebr. Bäbel in Berlin betraut werden.

* **Thorn,** 30. März. Auf dem hiesigen Bahnhof langte dieser Tage zur Weiterförderung nach Warschau ein Elefantenzahn an, welcher 97 Pfund Gewicht hatte. Der Zahn ist fast 8 Fuß lang, hat am oberen Ende eine Tiefe von fast 16 Zoll und die Höhlung im Innern desselben ist so tief und weit, daß ein nicht zu dicker Mannsarm fast ganz hineingesteckt werden kann.

* **Strasburg,** 25. März. Man ist gegenwärtig im Begriff, das steinerne Geländer auf der Plattform des Münsters zu ergänzen. Bekanntlich wurde im Bombardement der nördliche Theil dieses Geländers, an welchem Punkt das französische Observations-Corps ihre Fernrohre angebracht hatte, ganz weggeschossen. Die Steine sind schon sämtlich zugehauen und bald wird man wieder ohne Gefahr um die ganze Plattform herum gehen können.

* **Bremen,** 28. März. Die Station Westland-Borkum der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hatte am 18. März Gelegenheit zu einer sehr erfreulichen Rettung erhalten. Die italienische Bark „Adelchi Vignoni“ aus Genua, mit Reis von Rangoon nach Bremen bestimmt, war in heftigem Sturm in der Nähe der Insel gestrandet und schwer led. Die Mannschaft versuchte sich den Böten zu retten, allein dieselben wurden von der See zertrümmert, gleichzeitig wurde der Schiffsrumpf über Bord gespült, und ertrank. Jetzt war die Mannschaft beschäftigt ein Floß zu zusammensetzen, um mit dessen Hilfe womöglich das Land zu erreichen, da erschien rechtzeitig das West-Borkumer Rettungsboot, welches mit außerordentlichen Anstrengungen sich durch die heftige Brandung hindurchgearbeitet hatte. Es gelang, die aus dem Kapitän, einem englischen Booten und 12 Mann bestehende Besatzung in das Boot aufzunehmen, welches sich auf der Rückfahrt trotz seiner Überfüllung mit 27 Personen, vortrefflich bewährte. Am folgenden Tage ging das gleiche Rettungsboot wiederum in See, um von einem während des nächtlichen Sturmes angekommenen Wrack eventuell die Mannschaft zu retten, doch fand man das Wrack bereits verlassen.

* **Eine Gasthösslawine.** Fremder: Da hab' ich mir das Oberleiter meines Stiefels ein wenig aufgeschnitten, schicken Sie ihn sogleich zum Schuster, daß er den kleinen Schnitt durch ein paar Stiche wieder verdeckt. — Kellner: Sogleich, wie befehlt! — (Nach einer Stunde.) Schusterbub (zum Portier): Da ist ein geslickter Stiefel auf Nr. 6; kostet einen Groschen. — Portier (zum Hausschneid): Da ist ein Stiefel auf Nr. 6, habe 9 Kreuzer dafür ausgelegt! Hier damit! — Hausschneid (zum Kellner): Da ist ein Stiefel auf Nr. 6: habe 15 Kreuzer ausgelegt! Zahl'n S'! — Kellner (zum Fremden): Hier ist der ausgebesserte Stiefel. Kostet 30 Kreuzer. Habe es schon gezahlt! — Fremder (beim Schuster): Hören Sie, was hat denn der Stiefel bei Ihnen geflossen? — Schuster: nichts.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Tepechen.

Wien, 31. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das Budget samt dem Finanzgesetz für 1874 in zweiter und dritter Lesung an und vertrage sich hierauf bis zum 14. April.

London, 31. März. [Unterhaus.] Der Unterstaatssekretär des Innern, Bourke, erklärt auf die Anfrage Nagans: Der englische Konsul in Bilbao richtete ein Gebäude, nahe am Konsulat belegen, als Zufluchtsort für die englischen Unterthanen im Bombardementsfalle ein. Die Generale versprachen Schonung dieses Gebäudes.

Das Oberhaus vertrage sich bis zum 14. April, das Unterhaus bis zum 13. April.

Geographische Börsenberichte.

Breslau, 31. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 Pf. pr. April-Mai 22 Pf., pr. Juni-Juli 1 Pf., pr. August-September 23 Pf. Weizen pr. April-Mai 84. Roggen pr. April-Mai 61 Pf., pr. Mai-Juni 62 Pf., pr. September-Oktober 81 Pf., pr. April-Mai 17 Pf., pr. Mai-Juni 18 Pf., pr. September-Oktober 19 Pf.

Bremen, 31. März, Petro zum ruhig, Standard white 10 Pf. 13 Mark 25 Pf.

Hamburg, 31. März, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loko unverändert, auf Termine matt. Roggen loko unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. 216 Pf. pr. März pr. 1000 Kilo netto 248 Pf. 246 G., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 257 Pf. 256 G., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo netto 257 Pf. 256 G., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 256 Pf. 255 G. Roggen pr. März 1000 Kilo netto 192 Pf. 190 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 187 Pf. 186 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 187 Pf. 186 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 187 Pf. 186 G. Hafer und Gerste still. Rübbel flau, pr. Mai 59, pr. Oktober 200 Pf. 62. Spiritus matt, pr. April-Mai 55 Pf., pr. Juli-August 57, pr. August-September pr. 100 Liter 100 Pf. 58 Pf. Raffee ruhig; Umsatz 1000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white loko 13, 00 Pf. 13, 00 G., pr. März 13, 00 G., pr. August-Dezember 14, 80 G. — Wetter: Regen.

Köln, 31. März, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen behauptet, hierher loko 9, 10, pr. Mai 8, 25 Pf., pr. Juli 8, 16, pr. November 7, 21. Roggen behauptet, fremder loko 6, 20, pr. März 6, 12 Pf., pr. Mai 6, 7 Pf., pr. Juli 5, 28, pr. November 5, 16. Rübbel matter, loko 10 Pf., pr. Mai 10 Pf., pr. Oktober 10 Pf.

Liverpool, 31. März, Nachmittags. Baumwolle (Schlussbericht): Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Matt.

Middleburg Orleans 8 Pf., middling amerikan. 8 Pf., fair Oholerah 5 Pf., middling fair Oholerah 5 Pf., good middling Oholerah 4 Pf., middling Oholerah 4 Pf., fair Bengal 4 Pf., fair Broach 5 Pf., New fair Domra 5 Pf., good fair Domra 5 Pf., fair Mavras 5 Pf., fair Pernam 8 Pf., fair Smyrna 6 Pf., fair Egyptian 8 Pf.

Upland nicht unter low middling März-Lieferung 8 Pf. d.

Geographische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 31. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiffsche Bank 204.

Schluss auf Per in matter. Kreditaktien leicht, Export für Kreditaktien 1 Gulden. Bahnen und Banken still, Anlagewerthe fest, Montanwerthe gesucht und höher.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 214, Franzosen 325 Pf., Lombarden 146 Pf.

[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 118 Pf., Pariser Wechsel 94 Pf., Wiener Wechsel 104 Pf., Franzosen 325 Pf., Böhmis. Westbahn 212 Pf., Lombarden 147 Pf., Galizier 254 Pf., Elisabethbahn 202 Pf., Nordwestbahn 191 Pf., Kreditaktien 216. Russ. Bohenkredit 86 Pf., Russen 1872 95 Pf., Silber-

Breslau, 31. März. Freiburger 101 Pf. do. junge — Oberösterreichische 160. R.-Oder-Ufer-St. A. 120 Pf. do. do. Privatitäten 120 Pf. Franzosen 187 Pf. Lombarden 84 Pf. Italiener — Silberrente 65 Pf. Rumänien 42. Breslauer Diskontobank 77. do. Wechslerbank 67 Pf. Siles. Bank 105. Kreditaktien 123 Pf. Lärchhütte 152 Pf. Oberösterreich. Eisenbahnbil. 60. Österreich. Banknoten 89 Pf. Russ. Banknoten 93 Pf. Bresl. Märtler-akt 78 Pf. do. Maffl.-B.-Bf. 93 Pf. Prov.-Märtlerb. 80. Schles. Verw.-bank 90 Pf. Österreich. Bank — Bresl. Prov.-Wechslerb. —

Geographische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 31. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiffsche Bank 204.

Schluss auf Per in matter. Kreditaktien leicht, Export für Kreditaktien 1 Gulden. Bahnen und Banken still, Anlagewerthe fest, Montanwerthe gesucht und höher.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 214, Franzosen 325 Pf., Lombarden 146 Pf.

[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 118 Pf., Pariser Wechsel 94 Pf., Wiener Wechsel 104 Pf., Franzosen 325 Pf., Böhmis. Westbahn 212 Pf., Lombarden 147 Pf., Galizier 254 Pf., Elisabethbahn 202 Pf., Nordwestbahn 191 Pf., Kreditaktien 216. Russ. Bohenkredit 86 Pf., Russen 1872 95 Pf., Silber-

Breslau, 31. März. Die heutige Börse verkehrte in weniger günstiger Stimmung als ihre letzte Vorgängerin; die Kurse konnten sich zwar im Allgemeinen gut behaupten, doch bildete sich nach starker Eröffnung für die spekulativen Hauptdevisen eine schwächere Haltung heraus, obgleich die fremden Notirungen verhältnismäßig günstig eintrafen. Das Geschäft blieb im Allgemeinen in engen Grenzen, wie in den letzten

Ausländische Fonds.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Fonds.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.

Deutsche Börse.

Württembergische Aktienbörse.

Wien, den 31. März 1874.